

## Presseinformation 26/2024

# Klimapolitik darf nicht zurückgedreht werden

**Wie von der Wissenschaft seit langem vorausberechnet, verstärken sich weltweit die Wetterextreme aufgrund des von Menschen gemachten Klimawandels. Während beispielsweise die USA unter einer beispiellosen Hitzewelle leiden, wurde Deutschland in diesem Jahr von Starkregenereignissen und massiven Überflutungen in fast allen Bundesländern getroffen. In gleichem Maße wie immer mehr Menschen unter den Folgen der Klimaveränderungen leiden, erhöht sich die Zahl der Klimawandelleugner und -verharmloser.**

Nicht nur der extreme Rechtsruck in den europäischen und amerikanischen Gesellschaften verstärkt die Klimaskepsis enorm. Auch die etablierten politischen Strömungen verfallen immer öfter in wenig hilfreiche Forderungen. Der Verband für Wirtschaft und Umwelt kritisiert, dass die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen und Politik als Bürokratiemonster abgeurteilt wird. Nachhaltigkeitsberichte sind wichtige Indikatoren, um die Transformation der Wirtschaft in die Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft transparent darzustellen. Der Verband fordert weiterhin angesichts der Diskussionen um die neuen Haushalte 2025 in Bund und Länder, die Schuldenbremse für Investitionen in Infrastruktur, Klimaschutz und Zukunftstechnologien zu reformieren und so die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken.

Der Landesverband Solarenergie sieht in der Entwicklung der Energiewende positive Anzeichen. So seien im ersten Halbjahr 2024 fast zwei Drittel der Energie aus erneuerbaren Quellen entstanden. An dem bisher eingeschlagenen Ausbaupfad der Erneuerbaren müsse festgehalten werden. Fossile Energieträger wie Kohle haben sich trotz aller Schwarzmalerei der Klimaskeptiker deutlich verringert. Leider aber hätten sich viele Verbraucherinnen und Verbraucher hinreisen lassen, neue Gasheizungen statt Wärmepumpen einzubauen. Wärmepumpen sind durch ihre Förderung und ihren kostengünstigeren Betrieb einer Gasheizung in finanzieller Hinsicht überlegen.

Günstige Elektroautos aus China durch Einfuhrzölle künstlich zu verteuern sei, so der nachhaltige Wirtschaftsverband, eine Diskussion, die gegen Verbraucherinteressen gerichtet sei und behindere die weitere Einführung von Elektroautos in Deutschland. Der Weltmarkt habe sich längst für die E-Mobilität entschieden. Da dürfe man nicht durch Zölle und Diskussionen wie die Rücknahme des Verbrenner-Aus die deutsche Automobilwirtschaft schwächen, wie es derzeit konservative, liberale und rechtsextreme Parteien in Deutschland und Europa machen.

**Neustadt a.d.W. | Ebertsheim, den 1. Juli 2024**